

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

35. Jahrgang 1987

Heft 2

RENATA FRITSCH-BOURNAZEL

## MOURIR POUR BERLIN?

Die Wandlungen der französischen Ost- und  
Deutschlandpolitik während der Blockade 1948/49\*

Auf einer Tagung anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Deutschen Historischen Instituts Paris bezeichnete der französische Diplomat Jean Laloy rückblickend die Ost-West-Krise um Berlin drei Jahre nach Kriegsende auch als Wendepunkt für die deutsch-französischen Beziehungen. Das Ergebnis dieser Krise, so Laloy, war „zwei Jahre später das Angebot von Monnet und Schuman, die Bundesrepublik in ein demokratisches Europa wiederinzugliedern und Deutsche und Franzosen miteinander auszusöhnen. Diese heilsame Wende (war) für Frankreich eine Drehung um 180 Grad, eine Politik, die im Gegensatz zu dem (stand), was während des Kriegs und bis 1948 vorgesehen, verkündet und mit Zähigkeit verteidigt wurde.“<sup>1</sup>

In der Tat gehört Laloy, der aufgrund seiner hervorragenden Russischkenntnisse General de Gaulle im Dezember 1944 als Dolmetscher auf seiner Reise in die Sowjetunion begleitet hatte und von 1947 bis 1949 dem politischen Beraterstab der französischen Militärregierung zugeordnet war, zu denjenigen Diplomaten, die schon frühzeitig dafür plädierten, der Bedrohung durch die Sowjetunion mehr Gewicht beizumessen als der Furcht vor einem Wiederaufleben der „deutschen Gefahr“. Noch bevor sich die von den Sowjets seit Ende März 1948 initiierten Behinderungen des alliierten Zugangs nach Berlin zu einer regelrechten Blockade ausweiteten, mahnte Laloy in eindringlichen Worten die Entscheidungsträger in Paris, die Kraftprobe in Berlin als eine Herausforderung für den gesamten Westen anzusehen. Anstatt sich damit zu begnügen, „mit platonischen Protestnoten auf Maßnahmen zu antworten, die täglich stärker ihre moralische und materielle Position untergraben und ihre Präsenz in der ehemaligen Hauptstadt unhaltbarer machen“, sollten die Westmächte Rückgrat zeigen. Schließlich gebe es in Berlin eine eindeutige Priorität: Es gehe um eine Stärkung der Positionen „der Berliner, die sich um westlicher Ideen willen in

\* Diese Studie entstand im Rahmen des von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprogramms für internationale Osteuropastudien am Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Die Autorin ist folgenden Institutionen für Hilfe bei der Beschaffung der Dokumentation zu besonderem Dank verpflichtet: Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris; Institut für Zeitgeschichte, München; Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik und Gesamtdeutsches Institut, Bonn.

<sup>1</sup> Jean Laloy, Un tournant des relations franco-allemandes: De la crise de Berlin à la Communauté européenne (1948–1950), in: Klaus Manfrass (Hrsg.), Paris – Bonn: Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner, Sigmaringen 1984, S. 180.

Gefahr gebracht hatten, aber auch der Deutschen in den Westzonen, die unweigerlich auf lange Sicht von den Erfolgen der Kremlpolitik in gefährlicher Weise fasziniert würden, schließlich aller Völker Europas, diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, denen man sonst Ausrede oder Vorwand lieferte, an der Zukunft des Westens zu zweifeln“<sup>2</sup>.

Eine derart klare Entscheidung für Solidarisierung mit den westlichen Alliierten, verbunden mit einer entschiedenen Frontstellung gegen die Sowjetunion, läßt sich jedoch nicht als die damals in Frankreich vorherrschende Einstellung deklarieren. Knapp ein Jahr später, am Vorabend der Pariser Außenministerkonferenz, schrieb der Leiter der Wirtschafts-Abteilung im Quai d'Orsay, Hervé Alphand, in sein Tagebuch: „Für uns ist der Krieg in unseren Köpfen noch zu lebendig, um nicht Deutschland als die einzige und wahre Gefahr zu betrachten und unsere Politik darauf auszurichten.“<sup>3</sup> Derselbe Alphand wurde bald darauf zu einem überzeugten Anhänger der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die dann im August 1954 in der Französischen Nationalversammlung scheiterte, doch ist seine Äußerung aus dem Frühjahr 1949 repräsentativ für die zwiespältigen Gefühle, mit denen viele Franzosen die Verhärtung der Blockstrukturen im Kalten Krieg beobachteten. Die Bedrohung durch die Sowjetunion wurde zwar rational erkannt, aber emotional abgelehnt, während die Bedrohung durch Deutschland rational nicht mehr begründbar war, dafür aber emotional weiter geglaubt wurde<sup>4</sup>.

Hinzu kommt, daß in der Krisensituation 1948/49 die Möglichkeit, es könnte wegen der ungeklärten Lage in Berlin zu einem Krieg kommen, bis in die höchsten Entscheidungsgremien hinein durchaus ernsthaft erwogen wurde. Von einer auf Einladung General Clays erfolgten Berlinreise etwa kam der Direktor der Politischen Abteilung im Quai d'Orsay, Couve de Murville, Anfang April 1948 äußerst pessimistisch zurück und vertrat die Auffassung, „der Russe sei materiell in der Lage, uns aus Berlin hinauszutreiben, mit Hilfe von Hunger, Durst und Finsternis“. Nach seiner Einschätzung gab es angesichts der von den Sowjets eingeführten Verkehrsbehinderungen zwischen den Westsektoren Berlins und den Besetzungszonen der Alliierten „keinerlei Gegenmaßnahmen mit durchschlagendem Erfolg. Man kommt zu dem Schluß, daß die Westmächte entweder weichen oder Gewalt anwenden müssen, um sich zu halten. Im letzteren Falle bedeutet das Krieg.“<sup>5</sup> Selbst der französische Staatspräsident, der Sozialist Vincent Auriol, notierte am Tag der Verhängung der Blok-

<sup>2</sup> AE (Archiv des französischen Außenministeriums), Y-55, Aufzeichnung Jean Laloy über die Zukunft Berlins, 28. 4. 1948.

<sup>3</sup> Hervé Alphand, *L'étonnement d'être*, Journal (1939–1973), Paris 1977, S. 212.

<sup>4</sup> In einer Untersuchung über die Parteien und die öffentliche Meinung in den Anfangsjahren der IV. Republik hat Klaus Hänsch (Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946–1948, Berlin/New York 1972) nachzuweisen versucht, daß diese Grundeinstellung zwangsläufig die „Lernbreite“ des politischen Systems einengen mußte.

<sup>5</sup> So resümiert der Generalsekretär des Quai d'Orsay Couve de Murvilles Berliner Eindrücke in einem persönlichen Schreiben an den französischen Botschafter in Washington: AE, Nachlaß Bonnet, Chauvel an Bonnet, 15. 4. 1948.

kade in seinen persönlichen Aufzeichnungen, ein „neues München“ stehe bevor. Die Russen verfügten über Mittel und Wege, „die Alliierten aus Berlin herauszuzwingen“, um dann dort „einen deutschen Staat zu gründen und mit demagogischen Maßnahmen die Volksmassen, die letztlich entscheidend seien und vor Gewalt nicht zurückschrecken würden, für sich zu gewinnen“. Im Endeffekt, so Auriol, sei man nicht nur im Begriffe, „Deutschland der Sowjetunion in die Arme zu treiben“, sondern es bestehe auch „akute Kriegsgefahr“<sup>6</sup>.

Nun standen ja die Franzosen mit derartigen Befürchtungen durchaus nicht alleine. Schließlich hatte selbst der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay, am 5. März 1948 in einem an General Chamberlin, Director of Intelligence im Generalstab des amerikanischen Heeres, gerichteten Telegramm die eindringliche Warnung ausgesprochen, daß „der Krieg mit dramatischer Plötzlichkeit kommen könnte“<sup>7</sup>. Und auch nachdem der Erfolg der Luftbrücke eindrucksvoll die Fähigkeit des Westens, sich in Berlin zu halten, unter Beweis gestellt hatte, meinte der damalige amerikanische Botschafter in Moskau, Walter Bedell Smith, auf einer Sitzung des Planungsstabes im State Department, er persönlich „bedauere es außerordentlich, daß wir überhaupt in Berlin sind“, und hoffe sehr, es werde sich bald eine passende Gelegenheit ergeben, „um aus Berlin herauszukommen“.

Aus den weiteren Ausführungen des amerikanischen Diplomaten wird klar, daß es nicht nur manchem Franzosen schwer fiel, in den Kategorien des Kalten Krieges zu denken und den früheren Feind nun ausschließlich als Verbündeten gegen den Kommunismus zu sehen. „Der plötzliche Ausbruch von humanitären Regungen“ gegenüber den Deutschen, stellte Smith trocken fest, „erinnert mich ständig daran, daß ich vor dreieinhalb Jahren als Held gegolten hätte, wenn ich dieselben Deutschen mit Bomben vernichtet hätte. Ich glaube nicht, daß die Russen direkte militärische Schritte unternehmen werden, die einen Konflikt heraufbeschwören könnten.“<sup>8</sup>

### Nachgeben oder standhalten?

Eine amerikanische Studie über die Währungsreform aus dem Jahre 1960 rekapituliert die Fragen, die in der Debatte um Berlin 1948/49 in maßgeblichen Kreisen kursierten, folgendermaßen: „Aber warum in Berlin bleiben? ... Warum die Beziehungen zur Sowjetunion verschlimmern? ... Warum eine Stadt zu versorgen und zu unterstützen versuchen, ... die in einem feindlichen Land liegt? Warum nicht einen klaren Bruch vollziehen?“<sup>9</sup> Fünfundzwanzig Jahre nach der Berlin-Blockade beschreibt der

<sup>6</sup> Vincent Auriol, *Journal du Septennat 1947–1954*, Bd. II, 1948, Paris 1974, S. 282 f.

<sup>7</sup> Clay an Chamberlin, Dokument 340, 5.3. 1948, in: Jean Edward Smith (Hrsg.), *The Papers of General Lucius D. Clay: Germany 1945–1949*, 2 Bde., Bloomington, Ill./London 1974, S. 568.

<sup>8</sup> Aufzeichnung über die 186. Sitzung des Policy Planning Staff in Washington am 28.9.1948, in: FRUS (Foreign Relations of the United States), 1948, Vol. II: Germany and Austria, Washington 1973, S. 1194 ff.

<sup>9</sup> Manuel Gottlieb, *The German Peace Settlement and the Berlin Crisis*, New York 1960, S. 194 f.

französische Diplomat und Schriftsteller Romain Gary die damals in Paris herrschende Stimmung ganz ähnlich und erinnert sich, damals um seinen Abschied aus der Europa-Abteilung des Quai d'Orsay nachgesucht zu haben, als er Depeschen zu sehen bekam, „die zur Kapitulation in Berlin aufforderten, um so den Krieg mit der UdSSR zu vermeiden“<sup>10</sup>.

In dieser Reminiszenz wird der enge Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Berlin und dem Ost-West-Konflikt deutlich, der eine entscheidende Rolle für die französische Haltung der Jahre 1948/49 spielen sollte. General Clays politischer Berater Murphy berichtet in seinen Memoiren von – inoffiziellen – Äußerungen französischer Beamter, „daß nicht ein Franzose bereit sei, für Berlin zu kämpfen“, prangert die britische Neigung an, „sich einer direkten Kraftprobe“ zu widersetzen, und zieht daraus den Schluß, zu Beginn der Krise habe es so ausgesehen, „als sei Amerika die einzige Macht, die in Berlin zu bleiben entschlossen war“<sup>11</sup>. Tatsächlich waren die europäischen Verbündeten der USA zunächst auch deshalb zurückhaltender in ihrer Risikobereitschaft, weil sie ihre eigene militärische Lage als äußerst prekär betrachteten.

Zwar war Frankreich seit Dezember 1944 mit der Sowjetunion durch einen Bündnis- und Beistandspakt verbunden, doch hatte sich sehr schnell herausgestellt, daß Moskau kaum bereit war, auf französische Interessen einzugehen und de Gaulles Anspruch auf Mitgestaltung der europäischen Nachkriegsordnung zu stützen. Während Stalin sich selbstverständlich das Recht vorbehielt, ehemals deutsche und polnische Gebiete als Faustpfand zu fordern und auf das Sicherheitsbedürfnis seines Landes zu pochen, verweigerte er de Gaulle seine Unterstützung bei der Durchsetzung der französischen territorialen und sicherheitspolitischen Vorstellungen. Als General de Gaulle während der Moskauer Verhandlungen seine Forderungen nach Abtrennung von Rheinland, Ruhr und Saar vom deutschen Staatsverband, Dezentralisierung des verbliebenen Reichsgebiets und Überführung wirtschaftlichen Potentials an Frankreich als unverzichtbare Grundlagen der französischen Sicherheit vor Deutschland nannte, meinte Stalin nur: „Ihre Pläne für Ruhrgebiet und Rheinland sind sehr ausgeklügelt. Aber ...! Wissen Sie, es ist nicht die beste Lösung, Grenzen zu verschieben, Provinzen abzutrennen. Das ist kein gutes Sicherheitssystem. Es wäre besser, Sie hätten ein solides Bündnis, etwa mit uns: damit wären Sie weitaus besser abgesichert.“<sup>12</sup>

Trotz der Enttäuschung über die sowjetische Haltung blieb das Bündnis mit der östlichen Führungsmacht auch im beginnenden Kalten Krieg ein zentraler Bestandteil der französischen Diplomatie, denn nur so konnte sich Frankreich nach de Gaulles Überzeugung die Unabhängigkeit von seinen westlichen Alliierten USA und Groß-

<sup>10</sup> Romain Gary, *La nuit sera calme*, Paris 1974, S. 103.

<sup>11</sup> Robert F. Murphy, *Diplomat Among Warriors*, New York 1964 (dt. *Diplomat unter Kriegern. Zwei Jahrzehnte Weltpolitik in besonderer Mission*, Berlin 1966), S. 385.

<sup>12</sup> Nach Jean Laloy, *La politique de l'URSS à l'issue de la guerre principalement en Europe*, in: 8 Mai 1945: *La victoire en Europe. Actes du colloque international de Reims 1985*, Lyon 1985, S. 186.

britannien erhalten und eine führende Rolle in Europa und auf weltpolitischer Ebene spielen. Dahinter stand die Vorstellung, daß sich Frankreich die Freiheit seiner Wahl auf der Grundlage einer Mittlerposition zwischen den Supermächten bewahren könnte. Diese Grundhaltung blieb auch nach General de Gaulles vorläufigem Abgang von der politischen Bühne im Januar 1946 prägend, denn trotz häufig wechselnder Regierungskoalitionen wies die Diplomatie des Quai d'Orsay doch ein erstaunliches Maß an Kontinuität auf. Georges Bidault etwa, der im besetzten Frankreich den Vorsitz im „Conseil National de la Résistance“, dem geheimen Koordinationsorgan der verschiedenen Widerstandsgruppen, innegehabt hatte, leitete das Außenministerium bis auf eine einmonatige Unterbrechung – während des Kabinetts Léon Blum – fast vier Jahre lang (September 1944–Juli 1948).

Zwar hatte sogar Bidault schon 1946 in einem vertraulichen Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Byrnes am Rande der Pariser Außenministerkonferenz sein Mißtrauen gegenüber den sowjetischen Absichten in Europa geäußert. Auf Byrnes' Frage, ob die sowjetische Politik „nach Sicherheit oder nach Expansion“ strebe, hatte der französische Außenminister erwidert: „Wahrscheinlich nach Sicherheit durch Expansion.“<sup>13</sup> Doch erst das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im März 1947 wurde ein entscheidender Wendepunkt für die Pariser Ostpolitik. Während General Koenigs diplomatischer Berater, Jacques Tarbé de Saint-Hardouin, noch am Vorabend der Viererkonferenz fest davon überzeugt war, daß die französische Delegation in Moskau „eine ganz entscheidende Rolle“ zu spielen haben und insbesondere von den Russen „stark umworben“ werden würde<sup>14</sup>, sollte gerade in Moskau die totale Unvereinbarkeit der jeweiligen Verhandlungspositionen deutlich werden. Bidaults Mitarbeiter Morin zufolge wurde das Moskauer Fiasko zu einer Art Schlüsselerlebnis: „Jener am 10. April 1947 in Moskau erlittene Schock sollte fortan seine gesamte Außenpolitik bestimmen. Bislang beruhte diese auf der Auslöschung der deutschen Macht und der Eingliederung des saarländischen Wirtschaftspotentials in das französische. Damit hätte Frankreich als einzige europäische Großmacht eine Brückenfunktion zwischen Ost und West übernehmen können. Herr Bidault hat damals zweifellos begriffen, daß man sich mit den Russen nicht dauerhaft arrangieren kann.“<sup>15</sup>

Ohne Frage hatte das Streben nach einer Mittlerposition zwischen den Blöcken auch dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entsprochen und konnte sich auf einen breiten Konsens der politischen Parteien stützen. Wenn viele Franzosen einer Parteinahme im Ost-West-Konflikt aus dem Wege zu gehen wünschten, so war dies sowohl aus der Priorität der Sicherheit vor Deutschland als auch aus der innenpolitischen Konstellation nach der Befreiung zu erklären. Niemandem im Lager der ersten Regierungskoalitionen aus christlichen Volksrepublikanern (MRP), Sozialisten und

<sup>13</sup> Gespräch Byrnes–Bidault vom 1.5.1946, FRUS, 1946, Vol.2: Council of Foreign Ministers, Washington 1970, S. 203.

<sup>14</sup> AE, Y-48-1, Jacques Tarbé de Saint-Hardouin an Bidault, 1.3.1947.

<sup>15</sup> Georgette Elgey, *Histoire de la IVe République*. La République des illusions, Paris 1969, S. 275.

Kommunisten konnte daran liegen, diese parlamentarische Mehrheit durch das Hineintragen außenpolitischer Gegensätze zu sprengen und damit die wirtschaftliche Wiederaufbauarbeit und das soziale Reformprogramm zu gefährden. Der erste Präsident der Vierten Republik, Vincent Auriol, vereinigte bei der Wahl am 16. Januar 1947 die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten auf sich, und als Ende desselben Monats die Regierung unter Vorsitz des Sozialisten Ramadier gebildet wurde, waren seine Stellvertreter ein Volksrepublikaner und Maurice Thorez, der Generalsekretär der KPF.

Mit dem Ausschluß der kommunistischen Minister aus dem Kabinett Ramadier am 4. Mai 1947 zerfiel das Kriegsbündnis nun auch in der Pariser Regierungskoalition. Wenig später wandte sich auch General de Gaulle als Wortführer des gerade von ihm gegründeten RPF (Rassemblement du Peuple Français) in scharfen Worten gegen die Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs durch den Kommunismus. In einer Rede am 27. Juli erklärte er: „Jawohl! Bei der Befreiung hatte ich gemeinsam mit der ganzen Widerstandsbewegung geglaubt, man müsse diesen ‚Separatisten‘ Gelegenheit geben, sich in die nationale Gemeinschaft einzufügen ... Und soweit ist es nun mit uns gekommen: Auf unserem Boden, in unserer Mitte haben Menschen gelobt, den Befehlen eines ausländischen Herrschaftsunternehmens, das von den Anführern einer slawischen Großmacht geleitet wird, unbedingten Gehorsam zu leisten. Sie haben es sich zum Ziel gesetzt, bei uns die Diktatur zu errichten, wie es ihresgleichen woanders mit Unterstützung dieser Großmacht bereits gelungen ist.“<sup>16</sup>

Im Juni 1947 war es erstmals zu großen Streiks gekommen, die dann im November fast den Charakter eines Aufstands annahmen. Die Regierung, jetzt unter der Führung des lothringischen Volksrepublikaners Robert Schuman, mit dem Sozialisten Jules Moch als Innenminister, berief die Reservisten ein und legte Gesetze zum Schutz der Republik vor. Damit wurde auch das Lager derer, die in der Sowjetunion die akutere Gefahr für Frankreichs Sicherheit sahen, gefestigt. Die Umbildung der Regierung in Prag Ende Februar und der Fenstersturz des tschechoslowakischen Außenministers Jan Masaryk Anfang März 1948 schufen schließlich die endgültigen Fronten. Ein Schock war die kommunistische Machtergreifung vor allem für jene Kräfte, die, wie die Mehrheit der Sozialisten und Teile des MRP, noch ernsthaft an eine ideologisch begründete mittlere Position geglaubt hatten, für die die Tschechoslowakei eine Brücke zwischen den Blöcken und Vorbild für Frankreich gewesen war.

„Dreißig Jahre später“, schreibt René Massigli, damals Frankreichs Botschafter in London, in seinen 1978 erschienen Erinnerungen, „kann man schwer ermessen, wieviel Angst und sogar Panik die Ereignisse in Prag, die kurz nach der aufstandsähnlichen Streikwelle in Frankreich und Italien stattfanden und mit einer Verschärfung der Spannungen zwischen den Sowjets und dem Westen einhergingen, bei unserer politischen Führung hervorgerufen hatten. ‚Der Krieg kann mit dramatischer Plötzlichkeit kommen‘, telegraphierte General Clay nach Washington, und die Geheimdienstbe-

<sup>16</sup> Rede vom 27. 7. 1947 in Rennes, zitiert nach Alfred Grosser, *Les Occidentaux*, Paris 1978 (dt.: *Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg*, München 1978), S. 87.

richte, in denen ‚der Krieg für die nächsten sechzig Tage als unwahrscheinlich‘ betrachtet wurde, klangen kaum weniger bedrohlich ... Unsere Vertretung in Moskau war fast genauso pessimistisch.“<sup>17</sup> Der Zusammenhang zwischen Bedrohung von außen und Gefährdung von innen, der von der Mehrheit der Franzosen als besonders gravierend empfunden wurde, kommt auch in einer Tagebucheintragung von Staatspräsident Vincent Auriol Ende Februar klar zum Ausdruck: „Die Kommunisten hatten sich eine totale Kontrolle über alle Bereiche des politischen Lebens, von den kleinsten Privatbetrieben bis zu den größten Einrichtungen der öffentlichen Hand, verschafft. Wir haben gut daran getan im Mai, als wir ihren taktischen Fehler nutzten, um sie auszubooten: sie waren schon dabei, die wichtigsten Verwaltungsposten zu besetzen.“<sup>18</sup>

In dieser kritischen Situation hielt es Außenminister Bidault für dringend erforderlich, einen direkten Appell an General Marshall zu richten, um den Amerikanern die gefährdete Situation Europas vor Augen zu führen. Als Rechtfertigung für diese ungewöhnliche *Démarche*, mit der er sich endgültig dem Lager der „Atlantiker“ anschloß, schreibt Bidault in seinen Erinnerungen: „Der Prager Staatsstreich war ein unverhoffter Schlag für viele, die trotz der Präzedenzfälle nicht damit gerechnet hatten, die Freiheit eines Volkes an einem einzigen Tag zugrunde gehen zu sehen. Ich beanspruche keinerlei Verdienst, wenn ich sage, daß ich nach dem Bruch zwischen den Vier Großen und dem offen zutage tretenden Desinteresse Rußlands, für die Einheit irgendwelche Opfer zu bringen, brutale Maßnahmen und eine weltweite Drohung vorausgesehen hatte. Anfang 1948 schrieb ich zweimal an General Marshall und wies ihn darauf hin, daß die Gefahr von einem Augenblick zum andern über ganz Westeuropa hereinbrechen könne, daß die russischen Vorposten zweihundert Kilometer vom Rhein entfernt stünden und daß deshalb der Schutz des Westens die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte und eine förmliche Bündnisverpflichtung der Vereinigten Staaten verlange, um vor der drängenden Bedrohung die gefährdete Sicherheit unserer Völker wiederherzustellen.“<sup>19</sup>

In seinem ersten, auf den 4. März 1948 datierten persönlichen Schreiben berief sich Bidault ausdrücklich auf Präsident Trumans Kongreßrede vom 12. März 1947 und den Marshall-Plan, den die amerikanische Regierung ja nicht nur als Versuch, das deutschlandpolitische Dilemma zu lösen, sondern auch im Hinblick auf die prekäre innenpolitische Situation in Frankreich konzipiert hatte. In einem laut Dean Acheson grundlegenden Memorandum des Unterstaatssekretärs im Wirtschaftsministerium, William Clayton, vom 5. März 1947, wurde Frankreich als das neben Griechenland am meisten gefährdete Land gesehen, in dem „Hunger, wirtschaftliches Elend und Enttäuschungen“ leicht zu wirtschaftlichem Zusammenbruch und anschließend zu

<sup>17</sup> René Massigli, *Une comédie des erreurs 1943–1956. Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne*, Paris 1978, S. 116.

<sup>18</sup> Vincent Auriol, S. 115.

<sup>19</sup> Georges Bidault, *D'une Résistance à l'autre*, Paris 1965 (dt.: *Noch einmal Rebell. Von einer Résistance in die andere*, Berlin 1966), S. 192.

kommunistischer Machtübernahme führen könnten. Ohne amerikanische Hilfe größten Ausmaßes, so lautete Claytons Empfehlung, „wird sich die Lage so hoffnungslos verschlimmern, daß sie zwangsläufig zum Dritten Weltkrieg führen wird“<sup>20</sup>.

Bidaults Lagebeschreibung vom 4. März 1948 übertraf noch den Pessimismus der amerikanischen Analyse vom Vorjahr: „Im Laufe des Jahres, das seit Präsident Trumans Stellungnahme vergangen ist, verschwand in Europa die gesamte Zone zwischen der Sowjetunion und dem Westen, die bis dahin eine gewisse Autonomie behalten hatte und sich aus Staaten zusammensetzt, in denen die Sache der Freiheit noch nicht endgültig verloren war ... Die Technik, nach der dieses zweifellos strategisch bedingte Vordringen erfolgte, entspricht haargenau der Methode der Gleichschaltung, die einst Hitler bis Wien, Prag und noch viel weiter geführt hat ... Die Lage ist zu ernst, die Gefahr zu akut, die Macht Sowjetrußlands zu erdrückend, als daß Frankreich, das sich kaum von den Folgen des letzten Weltkrieges erholt hat, alleine oder selbst mit Hilfe der Verbündeten, die es um sich zu scharen versucht, die Verteidigung der westlichen Gebiete und der menschlichen Zivilisation, die ihm das Schicksal in seinem dramatischen Ablauf von neuem anvertraut, übernehmen könnte ... Daher ist der Augenblick gekommen, um auf der politischen und, so schnell wie nur irgend möglich, auch auf der militärischen Ebene die Zusammenarbeit zwischen der Alten und der Neuen Welt zu verstärken.“<sup>21</sup>

Die amerikanische Antwort erfolgte erst neun Tage später und fiel recht knapp aus. General Marshall versicherte zwar seinem französischen Kollegen, daß auch die USA es für dringend erforderlich hielten, „eine weitere Expansion des Herrschaftsgebiets der kommunistischen Diktatur zu verhindern“, doch verwies er die Europäer zunächst einmal auf die Notwendigkeit einer eigenen Verteidigungsorganisation „als unerläßliche Voraussetzung für ein umfassenderes Abkommen, an dem sich andere Länder, darunter auch die Vereinigten Staaten, beteiligen könnten“<sup>22</sup>. Aus französischer Sicht war diese Haltung insofern unbefriedigend, als man umgekehrt eine eindeutige amerikanische Garantie als Vorbedingung für die gerade laufenden Verhandlungen zum Abschluß eines Beistandspakts mit Großbritannien und den drei Beneluxstaaten ansah. Zwar konnte der Vertrag von Brüssel, der die Westeuropäische Union begründete, schon am 17. März 1948, noch unter dem frischen Eindruck des kommunistischen Gewaltstreichs von Prag, unter Dach und Fach gebracht werden, doch hegte man in Paris trotz der automatischen Beistandsklausel in Artikel 4 keine großen Erwartungen hinsichtlich der Effizienz dieses Dokuments.

In einer schonungslosen Analyse vom 11. Mai 1948 beschrieb der Direktor der Politischen Abteilung, Couve de Murville, die Situation so: „Die Berichte unserer Botschaft in Washington zeigen, daß die Vereinigten Staaten im Konfliktfall nicht die Absicht und wahrscheinlich auch nicht die Mittel haben, das kontinentale Europa zu verteidigen. Ihre militärischen Anstrengungen sind für einige Jahre darauf gerichtet,

<sup>20</sup> Ellen Clayton-Garwood, William Clayton: A Short Biography, Austin 1958, S. 279 ff.

<sup>21</sup> AE, Nachlaß Bonnet, Bidault an Marshall, 4.3.1948.

<sup>22</sup> AE, ebenda, Marshall an Bonnet, 13.3.1948.



eine schlagkräftige Luftwaffe aufzubauen, mit deren Hilfe man den amerikanischen Kontinent verteidigen und dem Gegner auf seinem Territorium sehr empfindliche Schläge beibringen kann. Aber für den Fall einer Invasion des europäischen Kontinents ist nicht vorgesorgt. Übrigens scheint es nicht einmal Pläne für Waffenlieferungen in absehbarer Zeit zu geben. Frankreich ist also völlig auf sich selbst angewiesen, denn der Brüsseler Pakt ist nur ein Bündnis der Machtlosigkeit. Mit anderen Worten, wir sind völlig ungeschützt.“<sup>23</sup>

### Worte oder Taten?

Vor diesem Hintergrund ist Couve de Murvilles bereits erwähnte Reaktion nach seinem Berlinbesuch Anfang April 1948 durchaus plausibel. Die Einschätzung der Lage durch den Generalsekretär des Quai d'Orsay verlief in ähnlicher Richtung: Frankreich kann sich aufgrund seiner unzureichenden militärischen Mittel – schließlich ist es ja im Unterschied zu seinen Alliierten auch nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Indochina in einen bewaffneten Konflikt verwickelt – ohne amerikanische Unterstützung keine Konfrontationspolitik in Europa leisten, doch erscheint es überaus fraglich, ob die USA bereit sind, ihre traditionelle Weigerung, in Friedenszeiten Bündnisse außerhalb des amerikanischen Kontinents zu schließen, aufzugeben. Die Verabschiedung der „Vandenberg-Resolution“ durch den US-Senat am 11. Juni 1948 beseitigte zwar zumindest das juristische Hindernis, doch änderte dies nichts an der konkreten militärischen Lage in Mitteleuropa. In Chauvels Worten war die Perspektive einer amerikanischen Garantie als militärisches Pendant zum Marshall-Plan „eine langfristig angelegte Politik, während der Konflikt in Berlin von nun an jeden Tag ausbrechen kann“<sup>24</sup>.

Zwei Tage später bestätigte Botschafter Bonnet die pessimistische Analyse der Pariser Zentrale. Nach seinen Eindrücken vor Ort sah sich der US-Generalstab „nicht in der Lage, die Grenzen der amerikanischen Verbündeten zu verteidigen“, und bezweifle im Falle militärischer Anfangserfolge seitens der UdSSR „den Wert der von England zu erwartenden Unterstützung“. Amerika sei zwar entschlossen, militärische Anstrengungen zu unternehmen, aber „die Pläne für eine Europa zugedachte Militärhilfe würden sich trotz ihrer Dringlichkeit erst nach einem relativ langen Zeitraum konkretisieren lassen ... Bei einer sehr optimistischen Einschätzung wird das Ziel frühestens in zwei Jahren *völlig* erreicht sein.“<sup>25</sup> Bonnet verfügte offensichtlich über ausgezeichnete Kontakte zu den amerikanischen Militärs, denn die Planspiele der US-Army aus dem Jahre 1948 sahen es tatsächlich als vornehmliches Ziel an, Großbritannien unbedingt zu halten und strategische Flugziele in der Sowjetunion zu bombardieren. Die Verteidigungspläne der US-Luftwaffe aus der Zeit der Blockade

<sup>23</sup> AE, Y-54-1-3, Aufzeichnung Couve de Murville für Bidault, 10. 5. 1948.

<sup>24</sup> AE, Nachlaß Bonnet, Chauvel an Bonnet, 15. 4. 1948.

<sup>25</sup> AE, ebenda, Bonnet an Chauvel, 17. 4. 1948.

machen außerdem deutlich, daß die Amerikaner für den Fall eines sowjetischen Angriffs auf Deutschland nicht bereit bzw. nicht in der Lage waren, auf dem europäischen Kontinent eine wirksame Verteidigung vorzunehmen. Statt dessen wurde geplant, eine Luftbrücke von speziellen Flugfeldern in Frankreich aus einzurichten, um das Schlüsselpersonal nach England zu evakuieren. Ein anderer Plan für kombinierte anglo-amerikanische Operationen im Fall eines Angriffs durch die Sowjetunion enthielt ähnliche Evakuierungspläne, die mit Zerstörungsmaßnahmen in Deutschland verbunden werden sollten. Nach diesen Plänen sollten kooperationswilligen Zivilisten für die Zerstörung von Einrichtungen während des Vormarsches der Sowjets sogar Prämien gezahlt werden<sup>26</sup>.

Trotz der verschiedenen Anzeichen, daß sich in Berlin eine bedrohliche Lage entwickelte, sah man sich zu keinerlei Präventivmaßnahmen veranlaßt. Die zuständigen Ministerien stimmten vielmehr bereits zu Beginn des Jahres 1948 darin überein, daß es irgendwann zu einer Blockade Berlins kommen würde und man diese so lange wie möglich durchstehen müsse. Im Endeffekt, so wurde erwartet, bliebe allerdings keine andere Wahl, als sich aus der Stadt zurückzuziehen<sup>27</sup>. US-Stadtcommandant Frank Howley faßte die Situation in einem Bonmot zusammen: „Die beiden amerikanischen Bataillone würden von den Russen aufgegeben werden, bevor man auch nur ‚Politbüro‘ sagen kann.“<sup>28</sup> Bekanntlich hatten die westlichen Alliierten bei der Besetzung ihrer Sektoren in Berlin im Juli 1945 darauf verzichtet, größere Truppenverbände in der Stadt zu konzentrieren. Die etwa 3000 Mann starke Garnison der Amerikaner war in erster Linie als Besatzungstruppe, nicht zur Abwehr äußerer Gegner eingesetzt. Während die drei Westsektoren nur etwa 30 000 Alliierte beherbergten (davon über 22 000 Zivilisten), konzentrierten die Sowjets im Ostsektor allein 18 000 Soldaten, in der Sowjetzone mindestens 300 000, von denen 100 000 im Großraum Berlin bereitstanden.

Wenige Wochen nach dem Prager Staatsstreich hatte der in der tschechoslowakischen Hauptstadt akkreditierte französische Botschafter Maurice Dejean, ein enger Mitarbeiter General de Gaulles in der Zeit der France Libre und nach der Befreiung bis Dezember 1945 Leiter der Politischen Abteilung im Quai d'Orsay, die militärpolitischen Lehren aus den jüngsten Ereignissen gezogen: „Wenn man verhindern will, daß die sowjetischen Truppen eines Tages von der Elbe zum Rhein und dann bis zur Atlantikküste“ vorstoßen, müsse man unverzüglich dazu übergehen, einen „Schutzwall“ aufzubauen, der nicht ausschließlich „aus Krediten oder sogar diplomatischen Instrumenten bestehen“ dürfe, sondern „mit Menschen und Eisen“ befestigt werden

<sup>26</sup> Vgl. die Schaubilder der Planspiele und die Auszüge aus den Alarmplänen für den Kriegsfall bei Gunther Gerhardt, *Das Krisenmanagement der Vereinigten Staaten während der Berliner Blockade (1948/49). Intentionen, Strategien und Wirkungen*, Berlin 1984, S. 136 ff.

<sup>27</sup> Vgl. die Analyse der unveröffentlichten amerikanischen Aktenstücke bei Michael Bell, *Die Blockade Berlins – Konfrontation der Alliierten in Deutschland*, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage: Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, Göttingen/Zürich 1985, S. 225 f.

<sup>28</sup> Frank L. Howley, *Berlin Command*, New York 1950, S. 10.

müsse. Bis man dieses Ziel erreicht habe, gelte es vor allem, Zeit zu gewinnen, notfalls auch durch eine Wiederaufnahme von Viermächteverhandlungen. Nur so könne man die militärischen Maßnahmen, die unbedingt erforderlich seien, vertuschen und eine letzte Chance nutzen, „um eine Entwicklung umzukehren, die angesichts der Prager Ereignisse möglicherweise schon sehr kurzfristig zu einem neuen Weltbrand führen kann“<sup>29</sup>.

Während Dejean sich damit begnügte, die derzeitige militärische Schwäche des Westens zu unterstreichen, ging Jean Chauvel einen Schritt weiter, als er die Depesche aus Prag mit einem persönlichen Kommentar an Botschafter Bonnet nach Washington weiterleitete. Auch er ging davon aus, daß es nicht mehr ausreiche, „unsere Volkswirtschaften zu sanieren“. Man müsse nun die notwendigen „militärischen Leistungen erbringen“, die es ermöglichen sollten, „die Grenzen der westlichen Welt am Rhein oder besser an der Elbe festzusetzen“.

Allerdings trugen die Amerikaner nach Chauvels Überzeugung aufgrund ihrer militanten antikommunistischen Rhetorik eine gewisse Mitverantwortung für die Verschlechterung der Lage auf dem europäischen Kontinent. „Ich glaube, es hieße das Schicksal herausfordern, wenn wir uns in einer Situation, in der wir einen tatsächlichen Rückstand aufzuholen versuchen, darauf einlassen, das rote Tuch vor den Augen des Stiers zu schwenken. Bis vor kurzem haben die Amerikaner der Illusion nachgegeben, sie könnten die Sowjets durch die Festigkeit ihrer verbalen Haltung zum Nachgeben zwingen. Dies ist eine Illusion, die wir zwischen 1935 und 1939 hatten, bis sie durch eigene Erfahrung zerstört wurde. Ich hoffe, ohne wirklich daran zu glauben, daß die Erfahrung der letzten zwölf Monate den Amerikanern ebenso zu einer realistischen Vorstellung von einer Politik verhilft, die geeignet ist, das russische Vordringen aufzuhalten. Ich bin mir darüber klar, daß die amerikanische Regierung auch auf die öffentliche Meinung zuhause einwirken muß und daher das rote Tuch dazu gebraucht wird, um andere Stiere zu reizen. Doch muß sich die Administration dessen bewußt sein, daß markige Sprüche die verschiedensten Konsequenzen haben können, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen Trumans Rede vom März 1947 und der anschließenden Vereinnahmung von fünf Ländern durch die Sowjets gibt und daß die noch nicht in deren Bannkreis geratenen Länder, darunter auch wir selbst, ein ebenso großes Bedürfnis verspüren, unvorsichtige Äußerungen zu vermeiden wie unsere Sicherheit wirkungsvoll, aber so diskret wie irgend möglich, zu organisieren.“<sup>30</sup>

Die Sorge des französischen Diplomaten, die Vereinigten Staaten seien sich über die Risiken ihrer Eindämmungspolitik nicht im klaren, war übrigens unbegründet. Wie Forrestal als Kriegsminister kannte auch General Marshall, der einstige Stabschef des Zweiten Weltkrieges und derzeitige Leiter der amerikanischen Außenpolitik, das ganze Ausmaß der nicht zu militärischen Abenteuern verlockenden Schwäche der eigenen Armee. In einem Gespräch mit Forrestal gestand Marshall, es sei die Haupt-

<sup>29</sup> AE, Nachlaß Bonnet, Dejean an Bidault, 12.3.1948.

<sup>30</sup> AE, ebenda, Chauvel an Bonnet, 18.3.1948.

belastung, daß man „mit dem Feuer spielen“ müsse, ohne etwas in der Hand zu haben, „es auch löschen zu können“<sup>31</sup>. Umgekehrt war man sich freilich auch dessen bewußt, daß man gegen die erdrückende Stärke der Landmacht Rußlands eine überlegene Flotte und Luftwaffe, eine entwicklungsfähigere Produktionskapazität und als letztes auch den Alleinbesitz der Atombombe in die Rechnung einsetzen konnte. Folgt man Präsident Truman, so sah sich der Westen im Frühjahr 1948 mit genau derselben Situation konfrontiert, „in der sich Großbritannien und Frankreich 1938/39 Hitler gegenüber befunden hatten“<sup>32</sup>. Diese Bemerkung zeigt die Furcht, die nach den Prager Ereignissen zu Beginn der Berlinkrise auch in der amerikanischen Führung herrschte. Nicht nur in Frankreich stellte man sich die bange Frage, ob der Augenblick gekommen sei, für Berlin sterben zu müssen.

In einer dramatischen Kabinettsitzung, die im Urteil Auriols von „entscheidender Bedeutung“ war, griff der französische Staatspräsident am 14. April mit großem Nachdruck in die Diskussion über eine angemessene Krisenstrategie ein. Außenminister Bidault hatte einleitend die höchst pessimistische Lagebeurteilung durch Jacques Tarbé de Saint-Hardouin voll für sich übernommen und hinzugefügt: „Wenn ich Russe wäre, so gäbe es schon morgen Krieg.“ Nach einer längeren Debatte, in der Bidault aus Furcht vor einer Isolierung Frankreichs der Konsolidierung des westlichen Bündnissystems uneingeschränkte Priorität einräumte und die sozialistischen Minister für eine zurückhaltende Westintegrationspolitik mit stärkerer Betonung der europäischen Eigenständigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten plädierten, setzte sich Auriol dafür ein, einen letzten Vermittlungsversuch zu wagen, um die Vier Mächte an den Verhandlungstisch zurückzubringen.

Zwar war auch Auriol von der Notwendigkeit überzeugt, möglichst rasch eine europäische Verteidigungsorganisation unter amerikanischer Ägide zu schaffen, doch der Aufbau eines Vereinten Europas, mit einer gemeinsamen Organisation und „ich würde sogar sagen mit einer gemeinsamen Regierung“, könne nur dann Aussicht auf Erfolg haben, „wenn man mit dem Nervenkrieg und dem Pokerspiel“ aufhöre, auf „Einschüchterungskampagnen“ und „Nadelstiche“ verzichte. In eindringlichen Worten appellierte Auriol abschließend an das Kabinett, nichts unversucht zu lassen, um dem Frieden noch eine Chance zu geben: „Wenn Sie Zeit gewinnen, dann werden Sie vorbereitet sein; dann wird Europa stark sein. Auf die Vereinigten Staaten gestützt, werden wir die Gefahr gebannt haben. Diese Politik gilt es durchzusetzen. Das ist das Gebot der Stunde. Ich flehe Sie an: wenn Sie das nicht tun, dann können wir uns vielleicht Adieu sagen, aber mit Sicherheit nicht Auf Wiedersehen.“<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Walter Millis (Hrsg.), *The Forrestal Diaries*, New York 1951, S. 367 f.

<sup>32</sup> Margaret Truman, Harry S. Truman, New York 1973, S. 358 f.

<sup>33</sup> Vincent Auriol, S. 174 ff. Dort ist auch im Anhang (S. 593–95) Tarbé de Saint-Hardouins Depesche vom 10. April 1948 im vollen Wortlaut abgedruckt.

## Preis oder Hebel?

Diese Äußerungen fielen wohlgermerkt noch vor der Verhängung der völligen Blockade, zu einem Zeitpunkt, als die Sowjetunion zunächst auf einem niedrigeren Risikoniveau mit einer Reihe konkreter und spürbarer Maßnahmen auf den Status der ehemaligen Reichshauptstadt und auf die westliche Präsenz in Berlin einzuwirken versuchte. Diese Phase hatte am 20. März 1948 mit dem dramatischen Auszug der sowjetischen Delegation aus dem Alliierten Kontrollrat begonnen, nachdem Marschall Sokolovskij eine vorbereitete Erklärung verlesen hatte: Die Westmächte hätten durch ihre Weigerung, Rechenschaft über ihre separaten Aktionen in den Westzonen abzulegen und über die Beschlüsse der Londoner Konferenz zu berichten, das Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland lahmgelegt. Nach sowjetischer Auffassung habe damit „der Kontrollrat als oberstes Machtorgan in Deutschland ... faktisch aufgehört zu existieren“<sup>34</sup>. Auch die Sitzungen der Koordinationskommission des Kontrollrats wurden ausgesetzt und in der Folgezeit nie wieder aufgenommen, während die für die Viermächte-Kontrolle Berlins zuständige Kommandantur noch bis Mitte Juni weiterarbeitete.

Seit dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 hatten sich die Beziehungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion in der Deutschlandfrage kontinuierlich verschärft. Nachdem man dort ohne Festsetzung eines neuen Zusammentreffens auseinandergegangen war, hatten sich vor allem die USA und Großbritannien dazu entschlossen, das Ende der gemeinsamen Deutschlandpolitik der Alliierten, der Logik des Marshall-Plans entsprechend, mit der staatlichen Organisation Westdeutschlands zu beantworten. Dagegen schwankten die Franzosen zunächst noch zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit, das westdeutsche Potential in den europäischen Wiederaufbau einzubeziehen, und der Furcht vor einer neuen deutschen Dominanz in Europa. François Seydoux, der in jenen Jahren wie Jean Laloy zum diplomatischen Beraterkreis der französischen Militärregierung in Deutschland gehörte, notierte in diesem Zusammenhang: „Unsere Blicke hatten sich noch nicht endgültig von der Sowjetunion gelöst. Frankreichs Regierung ... war beunruhigt wegen der Zukunft des westdeutschen Staates, den man zu schaffen im Begriff war. Schon ehe er bestand, ließ sich erkennen, daß er die Gunst der Vereinigten Staaten genießen würde. Dem Wiederaufbau unseres Nachbarlandes widersetzen wir uns nicht; wir begriffen, daß dies notwendig war. Die Priorität aber stand Frankreich zu. Wir hätten im Juni 1947 den Marshall-Plan mit mehr Wärme begrüßt, wenn wir gewußt hätten, daß wir seine Hauptnutznießer werden sollten.“<sup>35</sup>

Am Rande der Londoner Außenministerkonferenz vereinbarten Marshall und Bevin eine letzte Initiative zur Schaffung eines gesamtdeutschen Staates nach westlichen Vorstellungen und, sollte dies wie erwartet scheitern, den Ausbau der anglo-

<sup>34</sup> Murphy an Marshall, 20. 3. 1948, FRUS 1948, II, S. 883 f.

<sup>35</sup> François Seydoux, *Mémoires d'Outre-Rhin*, Paris 1975 (dt.: *Beiderseits des Rheins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten*, Frankfurt 1975), S. 108 f.

amerikanischen Bizone, verbunden mit einer Währungsreform. Nachdem die westlichen Vorschläge zur Währungsreform im Alliierten Kontrollrat auf sowjetischen Widerstand gestoßen waren, berieten die Vertreter der USA und der künftigen Brüsseler Paktstaaten vom 23. Februar 1948 an in London über die Reorganisation der drei westlichen Besatzungszonen. Die Ereignisse in Prag überschatteten natürlich auch die Verhandlungen in London und Brüssel, denn der Beginn der Londoner Konferenz fiel zeitlich mit der Kabinettskrise und der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei zusammen.

Als Zwischenergebnis veröffentlichten die Westmächte am 6. März einen Beschluß zur Einbeziehung der drei Westzonen in das Europäische Wiederaufbauprogramm (ERP) sowie zur unmittelbaren Verschmelzung der Wirtschaftspolitik in den drei Zonen; als Endergebnis folgten am 7. Juni die „Londoner Empfehlungen“, die in Übereinstimmung mit dem Prinzipienabkommen vom März die rasche Einsetzung einer funktionsfähigen Regierung in den Westzonen, die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets durch die sechs Mächte (USA, Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten) sowie – im Hinblick auf die von der Sowjetunion ausgehende Bedrohung – eine Fortschreibung der alliierten Truppenpräsenz in Deutschland vorsahen, bis der Frieden Europas gesichert sei. In der Zwischenzeit hatten sich die westeuropäischen Teilnehmer der Londoner Konferenz in Brüssel zur Gründung der Westeuropäischen Union entschlossen. Der WEU-Vertrag vom 17. März 1948 legte nicht nur allgemeine Grundsätze für eine wirtschaftliche und politische Kooperation der beteiligten Länder fest, sondern in Artikel 4 einigte man sich auf das Prinzip der kollektiven Sicherheit der Signatarstaaten gegen einen „bewaffneten Angriff in Europa“. Anders als im französisch-englischen Vertrag von Dünkirchen vom Vorjahr, der verhindern sollte, daß „Deutschland erneut zu einer Bedrohung des Friedens wird“, fand Deutschland nur noch in einer der acht Absichtserklärungen der Präambel Erwähnung.

Der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Jean Chauvel, kommentiert diesen Wandel in seinen 1972 erschienenen Erinnerungen so: „Ein Jahr davor war es unsere Sorge, uns gegen ein Wiederaufleben der deutschen Gefahr abzusichern . . . Nun kam die Gefahr von den Russen oder, genauer gesagt, den Sowjets. Also ging es darum, ein Garantiesystem zu schaffen, das sich von dem ursprünglich geplanten grundsätzlich unterschied. Das westliche Europa, dieses kleine bedrohte Kap, mußte gestärkt und diesem vorgeschobenen Posten der amerikanischen Schutz gesichert werden.“<sup>36</sup> Im Frühjahr 1948 war man sich indessen in Frankreich noch keineswegs darüber im klaren, welche Rolle die Deutschen in den Westzonen künftig spielen sollten. Von seinem Beobachterposten in Berlin aus hatte Jacques Tàrbé de Saint-Hardouin bereits im Januar ein Konzept für Europa entworfen, in dem auch Deutschland einen angemessenen Platz finden sollte: „Das Deutschland, das wir anstreben, soll ein Deutschland für Friedenszeiten sein . . . Anstatt Spielball in den Händen anderer Mächte zu sein, soll es das Gefühl haben, daß seine eigenen Interessen und seine Zukunft

<sup>36</sup> Jean Chauvel, *Commentaire*, T. 2: D'Alger à Berne (1944–1952), Paris 1972, S. 205 f.

berücksichtigt werden. Was wir den Deutschen in der gegenwärtigen Situation bieten können, ist eine wirksame und aktive Beteiligung am Wiederaufbau eines Europas, das wir als ein organisiertes und harmonisches Gebilde verstehen.“ Eine derartige Umorientierung der deutschen Frage in Richtung auf ein gemeinsames positives Ziel hätte zur Folge, daß die französischen Forderungen nach Sicherheitsgarantien nicht mehr als Sanktionen oder Vorsichtsmaßnahmen gegenüber Deutschland aufgefaßt würden, sondern sich als „ein europäisches Experiment darstellten, das vielleicht als Modell dienen könnte“<sup>37</sup>. Hier finden sich bereits Gesichtspunkte, die sich nach der Ablösung von Außenminister Bidault durch Robert Schuman in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 durchsetzen sollten<sup>38</sup>.

Die Vorentscheidung für die Akzeptanz eines deutschen Weststaats fiel allerdings noch auf Drängen Bidaults, der sich im Ministerrat wiederholt für die Annahme der Londoner Empfehlungen aussprach. In der entscheidenden Endphase sah er die französischen Optionen so: „Es besteht nicht die geringste Chance, von der Marshallplan-Hilfe zu profitieren und gleichzeitig ein Deutschland abzulehnen, das immerhin zu fünfzig Prozent unseren Vorstellungen entspricht. In gewissen Situationen muß man sich einfach entscheiden können. Wenn wir einen Alleingang vorziehen, werden wir alles verlieren.“<sup>39</sup> Dieses Plädoyer zielte vor allem darauf ab, die widerstrebenden Sozialisten von der Notwendigkeit zu überzeugen, auf die von ihnen weiterhin für Frankreich angestrebte Mittlerposition zwischen den Blöcken zugunsten einer Solidarisierung mit den Anglo-Amerikanern zu verzichten. Einen Monat vorher hatten sich nämlich die sozialistischen Minister am 22. April, zwei Tage nach Beginn der zweiten Verhandlungsrunde der sechs Mächte in London, an Regierungschef Robert Schuman gewandt, um mit allem Nachdruck vor den langfristigen Folgen der von Bidault forcierten Westintegration für die Zukunft Berlins, Deutschlands und Europas zu warnen. In diesem Dokument werden die beiden Hypothesen angesprochen, die damals im Westen die Einschätzung der sowjetischen Interessenlage in Berlin bestimmten: War die Berlin-Krise ein Hebel für weiterreichende politische Ziele? War Berlin selbst der Preis des Risikos? Oder war aus sowjetischer Sicht Berlin eben beides, ein Hebel und ein Preis?<sup>40</sup>

Als Antwort auf das Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion waren auch die französischen Sozialisten für die Schaffung einer einheitlichen europäischen Mächtegruppe. Trotz des Ausbaus des Bündnissystems suchten sie jedoch alles zu vermeiden, was die Sowjetunion als direkte Bedrohung empfinden und mit einem Präventivangriff beantworten konnte, und jede Chance zu einem Gespräch unter den vier Alliierten

<sup>37</sup> AE, Y-54-1, Aufzeichnung Jacques Tarbé de Saint-Hardouin für Bidault, 20. 1. 1948.

<sup>38</sup> Vgl. Raymond Poidevin, Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans 1948/49, VfZ 33 (1985), S. 406–419.

<sup>39</sup> Ministerrat vom 26. 5. 1948, in: Vincent Auriol, S. 241.

<sup>40</sup> Vgl. die Diskussion der möglichen sowjetischen Motive bei Hannes Adomeit, Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten. Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren, Baden-Baden 1983, S. 83–97.

ten zu nutzen<sup>41</sup>. In der konkreten Situation in und um Berlin bedeutete dies: „Frankreich könne und müsse einen letzten verzweifelten Versuch unternehmen, um die Formation von zwei feindlichen Blöcken zu verhindern, und auf jeden Fall bis zuletzt bestrebt sein, ein Verbindungsglied zwischen ihnen zu bilden.“ Es bestehe die begründete Sorge, daß ein überstürztes Vorgehen bei der westdeutschen Staatsbildung „die Kriegsgefahr erhöhe, denn die westliche Initiative könne von jenseits des ‚Eisernen Vorhangs‘ als Provokation empfunden werden“. Außerdem würde die demagogische Kampagne für die Einheit Deutschlands eine neue Wendung erhalten, da die Westmächte sich aufgrund ihrer Politik die Anschuldigung gefallen lassen müßten, das Land endgültig gespalten zu haben.

Schließlich nahmen die sozialistischen Minister auch zur Frage der deutschen Interessen Stellung: „Diese Teilung birgt die Gefahr, die Deutschen in Verzweiflung zu stürzen und Forderungen Nahrung zu geben, die mit denen vergleichbar wären, die Hitler an die Macht gebracht haben ... Wenn wir Frankfurt zur Hauptstadt machen, werden die Russen in Berlin genauso handeln. Berlin befindet sich zwar unter Viermächtebesatzung, aber nicht Frankfurt. Wir riskieren also, daß die Russen die Evakuierung ihrer Hauptstadt durch die drei Alliierten verlangen ... oder für Frankfurt ein Viermächtesystem wie in Berlin anstreben – und diese Forderung wäre auch voller Gefahren.“<sup>42</sup>

Am 20. Mai versuchte die französische Regierung noch einmal mit aller Entschlossenheit, die Gründung des deutschen Weststaats hinauszuzögern, wenn nicht gar zu verhindern – bevor die Sowjetunion nicht ihrerseits mit einer Oststaatbildung vorgegangen war. Die vereinbarten Wirtschaftsmaßnahmen – Kontrolle der Ruhrindustrie – und die Revision der Ländergrenzen sollten zwar durchgeführt, die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung sollte jedoch verschoben werden. Begründet wurde dies mit befürchteten sowjetischen Gegenmaßnahmen sowohl in Berlin wie in anderen Teilen der Welt. Auch würde Moskau die Londoner Beschlüsse als Auftakt für die Bildung einer deutschen Armee interpretieren<sup>43</sup>.

Diese Überlegung war zu jener Zeit keineswegs verfrüht oder abwegig, wie aus einer geheimen Aufzeichnung von Hankey, Leiter des u.a. für die Sowjetunion zuständigen Northern Department im Foreign Office, vom 14. Mai hervorgeht. In diesem Dokument, das von der Feststellung ausgeht, „ein vereintes Deutschland ... (wäre) eine viel größere Gefahr für den Frieden als ein geteiltes Deutschland“, plädierte der britische Diplomat vehement für eine baldige Weststaatgründung und einen deutschen Wehrbeitrag: „Meiner Meinung nach wird ein vereintes, nichtkommunistisches Deutschland, selbst wenn es mit uns verbündet ist, immer versucht sein, uns mit der Drohung zu erpressen, sich mit Rußland zu verbünden ... Westdeutschland mit

<sup>41</sup> Vgl. Wilfried Loth, *Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950*, Stuttgart 1977, S. 176 ff.

<sup>42</sup> Schreiben der sozialistischen Minister an Robert Schuman vom 22. 4. 1948, abgedruckt bei Vincent Auriol, S. 596–98.

<sup>43</sup> AE, Y-54-1-sd 3, Instruktionen Bidault an Massigli, 20. 5. 1948.



40 Millionen, von der Russenfurcht beherrschten Einwohnern ist dagegen auf die Zusammenarbeit mit den Westmächten angewiesen, um Schutz zu erhalten (übrigens dürfte ja wohl klar sein, daß es wiederbewaffnet werden muß), und es ist vollkommen abhängig von den Westmächten im Hinblick auf Rohstoffe, Nahrungsmittel und Absatzmärkte. Die Gefahr, daß Westdeutschland Ostdeutschland angreift, ist geringer als daß ein vereintes Deutschland Polen angreift. Kurz gesagt: wir würden es insgesamt viel besser im Griff haben, und es wäre eine viel geringere Gefahr für Frankreich.“<sup>44</sup>

Unter dem Eindruck der Berliner Blockade gelangten zahlreiche Offiziere der amerikanischen Besatzungsarmee zu der Überzeugung, eine westdeutsche Armee könne ein geeignetes Gegengewicht gegen den militärischen Druck aus dem Osten bilden. General Clay beklagte am 21. Oktober bei einem Gespräch mit Verteidigungsminister Forrestal, daß der französische Widerstand es unmöglich mache, den sowjetzonalen Bereitschaften westdeutsche Kräfte entgegenzusetzen<sup>45</sup>. Selbst in Frankreich begannen sich einzelne Persönlichkeiten zu fragen, ob man sich nicht mit dem östlichen Nachbarn militärisch verbinden müsse. Ende November 1948 stellte Maurice Duverger in *Le Monde* seine Landsleute vor die Alternative, „entweder Europa aufzubauen oder Deutschland zu paralisieren“. Er erklärte die bisherige antideutsche Sicherheitspolitik Frankreichs für verfehlt und meinte, wenn man ernstlich davon spreche, „Kontinentaleuropa militärisch gegen eine mögliche Aggression von außen zu verteidigen“, so müsse man sich zugleich darüber Rechenschaft ablegen, „daß diese Worte den Wiederaufbau der deutschen Armee zur gleichen Zeit wie den der französischen implizieren. Denn es gibt nur zwei militärische Völker auf dem Kontinent: Deutschland und Frankreich.“<sup>46</sup>

Wie die langwierige Debatte um die Schaffung einer Europa-Armee zeigen sollte, waren dies Erwägungen für eine fernere Zukunft, doch abgesehen von den grundsätzlichen psychologischen Widerständen in Frankreich gegen eine militärische Zusammenarbeit mit den Deutschen war selbst das Ausmaß des nationalen Beitrags zur westlichen Verteidigung umstritten. Knapp einen Monat nach der Verhängung der Blockade ließen die Sozialisten Robert Schuman in der Streitfrage über die Höhe des Militärhaushalts im Stich und votierten mit den Kommunisten für eine 20%ige Kürzung des Budgets. Das veranlaßte den MRP-Regierungschef am 20. Juli 1948 – nach acht Monaten Regierungszeit – zur Demission. René Massigli kommentierte dieses Ereignis mit scharfen Worten: „Eines Tages könnte die Hochachtung, die man uns noch entgegenbringt, endgültig ins Gegenteil umschlagen, und die Versuchung

<sup>44</sup> Aufzeichnung von R.M.A.Hankey, 14.5.1948, abgedruckt bei Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden*, Bd.2, Frankfurt 1983, S.303 f. Der in Klammern stehende Hinweis auf die deutsche Wiederbewaffnung wurde im Original wieder gestrichen.

<sup>45</sup> Walter Millis, S. 473 f.

<sup>46</sup> Zitiert bei Gerhard Wettig, *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa*, München 1967, S.235 f.

wäre groß, einen anderen Schlußstein für das europäische Gebäude zu suchen. Alle Pläne für den westeuropäischen Aufbau beruhten schließlich auf einem geordneten und starken Frankreich: ‚Sie verlangen von Ihren Freunden etwas zu häufig reine Glaubensbekenntnisse‘, hatte mir eines Tages eine bedeutende britische Persönlichkeit gesagt. Eine Krise in einem derartigen Moment konnte im Ausland keine Entschuldigung finden.<sup>47</sup> Tatsächlich fand die IV. Republik erst Mitte September ihre Handlungsfähigkeit wieder. Das Kabinett André Marie konnte sich nur einen knappen Monat halten. Nach dessen Demission wurde Robert Schuman von Auriol nochmals mit der Regierungsbildung beauftragt, scheiterte aber schon nach drei Tagen. Erst unter Henri Queuille herrschte dann wieder für ein knappes Jahr Stabilität, bevor ihn Georges Bidault im Oktober 1949 erneut als Regierungschef ablöste.

### Rapallo oder Locarno?

Immerhin hatte die Nationalversammlung am 17. Juni 1948, nachdem die Regierung mit Rücktritt gedroht hatte, die Londoner Empfehlungen mit knapper Mehrheit (300:286 Stimmen) gebilligt. In der die Abstimmung begleitenden Resolution wurde noch der inzwischen illusionär gewordene Vorbehalt fortgeschrieben, daß die Regierung ein Maximum an Garantien für Frankreich fordern solle. Zugleich aber war darin auch der Auftrag enthalten, „ihre Aktion im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Organisation Europas zu verstärken“<sup>48</sup>. Wie zu erwarten, zählte General de Gaulle zu den entschiedensten Gegnern der Londoner Abmachungen und suggerierte wiederholt einen nationalen Alleingang für den Fall, daß Amerikaner und Briten nicht auf neue Verhandlungen eingehen und damit vitale Interessen Frankreichs ignorieren würden. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß auch Konrad Adenauer, der dann im September als Präsident des Parlamentarischen Rates die in London definierte Politik in den Westzonen implementieren sollte, den dort festgelegten Grundsätzen äußerst ablehnend gegenüberstand. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen verwies er anläßlich der Debatte über die alliierten Dokumente Mitte Juli auf das von Oswald Spengler vorausgesagte Zeitalter wirtschaftlicher Annexionen. Tatsächlich sei dies der erste Fall in der Geschichte, daß man „ein großes, arbeitsames Volk wirtschaftlich annektiert“<sup>49</sup>.

In de Gaulles Kampagne gegen die Londoner Abmachungen hingegen tauchten historische Reminiszenzen ganz anderer Natur auf, die in den kritischen Monaten der Berlinkrise auch bei anderen führenden Persönlichkeiten in Frankreich eine nicht unerhebliche Rolle spielen sollten. In einer Erklärung, mit der er sich am 9. Juni 1948 an die Öffentlichkeit wandte, prophezeite er, die Russen würden der deutschen

<sup>47</sup> René Massigli, S. 122.

<sup>48</sup> Journal Officiel, 16. 6. 1948.

<sup>49</sup> Sitzung vom 14. 7. 1948, zitiert nach Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 574.

Staatsgründung im Westen einen zweiten, totalitären und völlig von ihr abhängigen Staat gegenüberstellen. Damit stelle sich die Frage, „welcher deutsche Staat . . . die Einheit auf Kosten des anderen herstellen“ werde. Er, de Gaulle, sehe voraus, „daß sie einmal mehr von Preußen geschaffen werde, diesmal aber von einem völlig totalitären und völlig dem Sowjetregime verfallenen Preußen“<sup>50</sup>.

Übrigens waren Überlegungen dieser Art keineswegs nur eine Ausgeburt französischer Urängste vor der Gefahr eines neuen Rapallo. Kein Geringerer als Konrad Adenauer hatte im August 1946 vor seinen CDU-Vorstandskollegen im Zonenausschuß ein ähnliches Szenario entworfen. Rußland schien ihm damals „die nationale Flagge hochziehen zu wollen, weil es genau weiß, daß der Deutsche auf eine nationale These sehr schnell eingeht . . . Diese Politik Rußlands ist ganz unmißverständlich. Rußland verfolgt ganz klar das Ziel, für seine Politik damit das ganze deutsche Volk zu gewinnen, für die Politik eines einheitlichen Deutschlands mit Berlin als Zentrale, was von Rußland ausdrücklich hinzugesetzt wird, und in Klammern dürfen wir wohl alle sagen: unter russischer Führung.“<sup>51</sup> Im Kontext der Berlin-Krise wiederum machte sich das Foreign Office ernsthaft Gedanken über die Gefahr eines deutsch-sowjetischen Zusammengehens auf Kosten des Westens: „Falls Rußland ganz Deutschland kontrolliert, seine Politik bestimmen kann oder mit ihm verbündet ist, wird es immer versucht sein, die Stoßrichtung der Deutschen nach Westen zu lenken und sie so vom Osten abzubringen. Rußland und Deutschland zusammen würden eine tödliche Gefahr für die westliche Welt sein.“<sup>52</sup> Auch George Kennan, seit 1946 Leiter des neugegründeten Planungsstabs im State Department, äußerte sich in ähnlicher Richtung. Zwar wollte er mit dem von ihm im Spätherbst 1948 entwickelten „Program A“ einer Neutralisierung Deutschlands als Alternative zur Westintegration die politische Situation in Europa offenhalten, um die endgültige Teilung des Kontinents zu verhindern, doch ging er dabei von dem Postulat aus, die Vereinigten Staaten dürften eine Kombination der Machtzentren Deutschland und Rußland keinesfalls zulassen, sondern müßten mittelfristig darauf abzielen, Gesamtdeutschland in den Prozeß der Westintegration einzubeziehen. „In der Kombination mit Deutschland“, so faßte Kennan seine Machtzentren-Theorie im Februar 1949 stichwortartig zusammen, „ist Rußland die größte der Weltmächte. Ohne Deutschland fällt sie entschieden hinter der westlichen Welt zurück.“<sup>53</sup>

In französischer Sicht wirkte die Perspektive einer neuen Verbindung zwischen Deutschland und der Sowjetunion um so bedrohlicher, als die Interessenkollision nun auf eine gemeinsame Ideologie und eine gleiche Mentalität begründet sein könnte. Rapallo wurde zwar – ebenso wie die Konvention von Tauroggen und der deutsch-

<sup>50</sup> Zitiert nach Ernst Weisenfeld, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München 1986, S. 38.

<sup>51</sup> Sitzung vom 1.–2. 8. 1946, zitiert nach Hans-Peter Schwarz, S. 520.

<sup>52</sup> Aufzeichnung von R. M. A. Hankey, 14. 5. 1948 (wie Anm. 44).

<sup>53</sup> Kennan an George S. Franklin, 2. 2. 1949, zitiert nach Axel Frohn, *Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945–1949*, Frankfurt a. M. 1985, S. 131.

sowjetische Nichtangriffspakt – als Beispiel aus der Geschichte herangezogen, gemeint war aber weit mehr als nur die Gefahr eines neuen Rapallo. Man fürchtete, „Preußen“ könnte in die Versuchung geraten, unter Wiederaufnahme des nationalbolschewistischen Ansatzes aus den zwanziger Jahren sein Streben nach Reichseinheit in enger Anlehnung an die UdSSR zu verwirklichen<sup>54</sup>. Im Sommer und Herbst 1947 hatten Gerüchte um die angebliche Rückkehr des Oberbefehlshabers der bei Stalingrad geschlagenen 6. deutschen Armee, Feldmarschall Paulus, aus sowjetischer Gefangenschaft den prominenten Kolumnisten des *Figaro*, ehemaligen Botschafter in Berlin und späteren französischen Hochkommissar in Bonn, André François-Poncet, zu mehreren Beiträgen über das Wiederaufleben des Preußentums und des Angriffsgeistes in Deutschland sowie die Möglichkeit eines deutsch-sowjetischen Zusammengehens angeregt<sup>55</sup>. Ende Juli 1948, als sich in Moskau Verhandlungen zwischen den Westmächten und der UdSSR über die Beendigung der Berliner Blockade anbahnten, ließ François-Poncet erneut seinem Pessimismus freien Lauf: „Die Leute in Moskau sind hartnäckig und gerissen. Sie wollen immer noch Deutschland besitzen, dieses Land zu einem ihrer Satelliten machen, es kommunistisch umgestalten, sich seiner bedienen, um die Herrschaft von Hammer und Sichel auf ganz Europa auszudehnen. Dies ist der Leitgedanke, der alle ihre Pläne, alle ihre Intrigen durchzieht.“<sup>56</sup>

Das Fiasko der Sondierungsgespräche von Moskau und Berlin im Sommer und Herbst 1948 sollte noch eine andere Konstante sowjetischen Handelns an den Tag bringen. Wiederholt versuchte die Sowjetunion auf diplomatischem Wege und auch über Medienkampagnen, unter dem Vorwand der gemeinsamen Sicherung gegen ein Wiederaufleben der deutschen Gefahr Frankreich zur Unterstützung seiner eigenen Europa-Pläne zu bewegen. Die massive Einmischung in die innerfranzösische Diskussion im Vorfeld der Abstimmung über die Londoner Empfehlungen hatte zwar die Ratifizierung in der Nationalversammlung nicht verhindern können, doch zur Verunsicherung der öffentlichen Meinung in der deutschen Frage beigetragen. In den letzten Monaten des Jahres 1948 stellten die französischen diplomatischen Vertreter in Berlin und in Moskau übereinstimmend fest, daß es die Sowjetunion offensichtlich darauf angelegt habe, Frankreich und die Anglo-Amerikaner in der Berlinfrage auseinanderzudividieren. In mehreren auf sowjetischen Wunsch erfolgten Begegnungen mit sowjetischen Diplomaten oder anderen Persönlichkeiten sollte Frankreich zu einer Wiederaufnahme seiner Mittlerrolle zwischen Ost und West überredet werden, doch es war für einen solchen Versuch aus der Sicht der Pariser Diplomatie nun end-

<sup>54</sup> Zu den französischen Befürchtungen in der Weimarer Ära vgl. Renata Bournazel, *Rapallo: naissance d'un mythe. La politique de la peur dans la France du Bloc National*, Paris 1974 (dt.: *Rapallo, ein französisches Trauma*, Köln 1976), S. 117 ff.

<sup>55</sup> *Le Figaro*, 9. 10. 1947 und 12. 11. 1947. Paulus wurde erst Anfang 1953 als Rußland-Heimkehrer in die DDR entlassen, wo er 1956 verstarb.

<sup>56</sup> *Le Figaro*, 17. 4. 1948.

gültig zu spät<sup>57</sup>. In einer Pressekonferenz Anfang Februar 1949 vertrat Außenminister Robert Schuman mit großem Nachdruck die Auffassung, man dürfe sich nicht wegen der vagen Aussicht auf eine Viermächtekonferenz auf ein Abgehen von der Weststaatsgründung einlassen, „denn sonst würden wir in Widerspruch mit der von uns bisher vertretenen Position geraten“<sup>58</sup>. Zum Zeitpunkt der Amtseinführung des neuen Außenministers war die prinzipielle Entscheidung zugunsten der Einbindung Frankreichs in das westliche Lager bereits gefallen. Schumans historisches Verdienst war es, die von seinem Vorgänger eingeschlagene außenpolitische Grundorientierung auch mit einem Umdenken in der Deutschlandpolitik zu verbinden. In mancher Hinsicht brachten schon die langwierigen Londoner Verhandlungen von 1948 Anstöße zu einem Lernprozeß, der sich auch in den Überlegungen der Diplomaten niederschlug. In einer Aufzeichnung vom 21. Mai etwa plädierte Romain Gary dafür, „der Verlockung der Einheit unter kommunistischem Vorzeichen die Verlockung einer westlichen Föderation entgegenzustellen“. Die derzeitige französische Haltung hingegen sei „ausgesprochen defätistisch: wir handeln und denken, als seien wir in unserem tiefsten Inneren davon überzeugt, der Gegner habe die besseren Ideen und Positionen“<sup>59</sup>. Knapp zwei Monate später wurde in einem anderen Entwurf der Europa-Abteilung das „französisch-deutsche Duell“ als „historisch überholt“ bezeichnet und von den Grundlagen einer künftigen „französisch-deutschen Schicksalsgemeinschaft“ gesprochen<sup>60</sup>.

In Robert Schumans eigenen Überlegungen spielte die Erinnerung an die deutsche Schaukelpolitik der zwanziger Jahre wohl eine Rolle, doch ging er davon aus, man könnte dieser Gefahr begegnen, indem man der künftigen deutschen Regierung „nicht nur eine Hoffnung, sondern den Anfang einer europäischen Wirklichkeit“ biete<sup>61</sup>. Diese interne Stellungnahme vom Oktober 1948 bekräftigte er ein knappes Jahr später in der großen Deutschland-Debatte der Nationalversammlung, die dem Abschluß des Petersberger Abkommens folgte: „Ich glaube nicht an ein neues Rapallo“, sagte er eingangs, um dann für eine deutsche Beteiligung an der europäischen Integration zu plädieren: „Deutschland seinen Platz in Europa verweigern, heißt, es in eine gefährliche Neutralität abzudrängen.“ Das Treffen der Außenminister der Vier Mächte, das im Mai 1949 auf die Aufhebung der Blockade Berlins gefolgt war, habe zwar nicht „zu einem Abkommen geführt, aber doch die Grundlagen für einen Modus vivendi zwischen Ost- und Westzonen in Berlin geschaffen“. Für Franzosen und Deutsche gehe es nun darum, „die Lehren der Vergangenheit zu beherzigen und die früheren Fehler zu vermeiden. Die Geschichte der Jahre 1920 bis 1932 war zu oft die der verpaßten Gelegenheiten“, stellte er zutreffend fest, und „die

<sup>57</sup> Vgl. hierzu Véronique de Finance de Clairbois, *Perceptions françaises de la politique soviétique à Berlin (1948–1949)*, Paris 1984, S. 55 ff. (Diplomarbeit am Institut d'Etudes Politiques unter der Leitung der Autorin).

<sup>58</sup> *Le Monde*, 10. 2. 1949.

<sup>59</sup> AE, Aufzeichnung Europa-Abteilung (R. Kacew alias Romain Gary), 21. 5. 1948.

<sup>60</sup> AE, Z, Allemagne, Aufzeichnung Europa-Abteilung, 14. 7. 1948.

<sup>61</sup> AE, Z, Généralités, Schuman an Massigli, 7. 10. 1948.

Geographie verlangt, daß Deutschland in der europäischen Organisation präsent ist“. Schließlich warf er auch die persönliche Erfahrung des Grenzbewohners in die Wagschale: „Vielleicht irre ich, aber man bedurfte eines Vertreters von jener Grenze, die kontinuierlicher Invasion und Prüfung ausgesetzt war, um dem Frieden und der Koexistenz dieser beiden Länder eine neue Chance zu geben.“<sup>62</sup>

Schumans Worte verfehlten nicht ihre Wirkung: Die Nationalversammlung billigte am 26. November 1949 mit 334:248 Stimmen die Außenpolitik der Regierung. Im Vergleich zur Abstimmung über die Londoner Empfehlungen am 17. Juni 1948 mit nur 14 Stimmen Mehrheit gab es diesmal ein klares Bekenntnis zu Schumans deutschland- und europapolitischem Kurs. Zwar hatte Frankreich an dem Kampf um Berlin, den die westlichen Alliierten mit der Luftbrücke aufgenommen hatten, keinen entscheidenden Anteil gehabt, wenn man einmal von der spektakulären Sprengung der zwei sowjetischen Rundfunkmasten in Tegel durch ein französisches Kommando absieht<sup>63</sup>. Dafür hatte man sich aber während der gesamten Berlinkrise in kaum einem anderen Lande so intensiv Gedanken über die Zukunft der ehemaligen Reichshauptstadt und über die künftige Rolle der Deutschen in Europa gemacht. So sollte sich schon 25 Jahre vor der Ölkrise der Spruch bewahrheiten, der 1973 Furore machte: „En France, on n'a pas de pétrole, mais on a des idées!“

<sup>62</sup> Journal Officiel, 22.–26. 11. 1949. Ausführliche Auszüge aus Schumans Rede bei Rudolf Mittendorfer, Robert Schuman – Architekt des neuen Europa, Hildesheim/Zürich/New York 1983.

<sup>63</sup> Auf die entrüstete Frage des sowjetischen Stadtkommandanten, wie er das nur tun konnte, soll General Ganeval einfach geantwortet haben: „Mit Dynamit, und von unten!“ Vgl. Pierre Landy, Berlin et son statut, Paris 1983, S. 36 ff.